

### Die Warenumsatzsteuer.

N Berlin, 1. Mai. (Priv.-Tel.) Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin nahmen in ihrer letzten Sitzung Stellung zu der vom Ausschuss des Reichstags in erster Lesung beschlossenen Warenumsatzsteuer.

Sie verkennen nicht, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagene Quittungstempelsteuer für den Verkehr namentlich des Bankbetriebes und des Kleinhandels erhebliche Belästigungen und Unbequemlichkeiten mit sich bringen müßte, und daß es daher erwünscht erschiene, sie durch eine Abgabe ersetzt zu sehen, die solche Nachteile nicht bringe. Sie erkennen an, daß die Umsatzsteuer diesem Wunsch entsprechen würde, und daß sie dem einmaligen Warenumsatz an sich nur eine verhältnismäßig geringe Belastung von ein tausendstel des Wertes bringen würde. Aber diese Vorteile würden durch allgemeine volkswirtschaftliche Nachteile vollständig in den Hintergrund gedrängt werden. Die meisten Waren müßten auf dem Wege vom Rohzeugnis zum Halbfabrikat, vom Halbfabrikat zum Fertigfabrikat, vom Fertigfabrikat zum Verbraucher einen vielfachen Umsatz durchmachen, und da jeder Verkäufer bestrebt sein würde, seine durch die Umsatzsteuer erhöhten Betriebskosten auf den Käufer abzumwälzen, müßte für den Konsumenten des endgültigen Erzeugnisses eine erhebliche Verteuerung entstehen. Für den Handel aber würde die Steuer eine umso größere Belastung bringen, je geringer der prozentuale Nutzen sei, den er bei seiner volkswirtschaftlich nützlichen Vermittlertätigkeit, namentlich wenn es sich um Stapelartikel handele, für sich in Anspruch zu nehmen in der Lage sei; für jeden Umsatz würde aber der Händler bei einem Gewinn von 1 v. S. nicht weniger als 10 v. S. an Umsatzsteuer zu zahlen haben. Dazu komme, daß, um eine Besteuerung des Erzeugnisses nach Möglichkeit zu vermeiden, in vielen Fällen der alte Versuch gemacht werden würde, ein Glied des Zwischenhandels auszuscheiden.

Angeichts solcher Schäden müssen die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin betonen, daß es nach Beendigung des Krieges das wichtigste Ziel unseres Wirtschaftslebens sein müsse, für den inländischen Markt wie für die Ausfuhr so billig wie nur irgend möglich zu erzeugen, und daß alles geschehen müsse, die Arbeit der Industrie und des Handels möglichst anzuspornen. Der Handel, der während des Krieges in sehr vielen Fällen ausgeschaltet oder stark beschränkt worden sei, müsse im Frieden seine durch eine lange Vergangenheit ablangend erprobte volkswirtschaftliche Funktion bei der Beschaffung und Verteilung der Güter wieder aufnehmen; sie werde für die wirtschaftliche Weiterentwicklung notwendiger denn je sein, und diese an sich mit großem Wagnis verbundene Aufgabe dürfe nicht erschwert oder verklümmert werden. Außerdem bestehe die Gefahr, daß die Umsatzsteuer, die nach dem Beschlusse der Reichstagskommission ohne Rücksicht auf einen Gewinn gezahlt werden solle, bald in eine Steuer umgewandelt werde, die nach der Höhe des Gewinns und nach der Größe der Umsätze abgestuft werde; dadurch werde in die Erzeugung Beunruhigung getragen.

Grundgedanke der gegenwärtigen und zukünftigen Steuerpolitik müsse es sein, die Erzeugungsvorgänge selbst so wenig wie möglich durch Steuern zu verteuern oder zu erschweren. Im Gegenteil müsse alles getan werden, um die Erzeugung im Interesse der Erzeuger, der Arbeiter und der Verbraucher und zur Neubildung von Kapital zu beleben und zu erleichtern. So verständlich und verlockend es daher sei, den Unbequemlichkeiten und Belästigungen, die die einzelnen in Vorschlag gebrachten Verkehrssteuern mit sich brächten, zu entgehen, indem eine einheitliche Umsatzsteuer eingeführt werde, so müßten doch diese Rücksichten gegenüber den großen wirtschaftlichen Fragen, die mit der Umsatzsteuer verknüpft seien, in den Hintergrund treten.